

Demokratie erneuern

Christian Krell/Tobias Mörschel

Mehr Bildung, mehr Gleichheit, mehr Alternativen

Demokratie in Deutschland 2011

Wie steht es um den Zustand der Demokratie, speziell hierzulande? Politische Schlussfolgerungen setzen kompetente Analyse voraus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dazu das Projekt »Demokratie in Deutschland 2011« initiiert und möchte mit ihm einen substanziellen Beitrag zur aktuellen Demokratiedebatte leisten. Im Folgenden werden die zentralen Befunde erläutert. Die beiden Autoren wirken mit in der Vorbereitung des Demokratie-Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 29./30. Juni in Berlin. Mehr unter: www.demokratie-deutschland-2011.de.

Wer gegenwärtig die Demokratie und den Diskurs über den Zustand der Demokratie in den Blick nimmt, kann die eigentümliche Gleichzeitigkeit von widersprüchlichen Befunden zur Demokratie beobachten: Einerseits kämpfen in zahlreichen autoritären Regimen – vor allem in der arabischen Welt, aber etwa auch in China – Bürgerinnen und Bürger zum Teil unter Einsatz ihres Lebens für Demokratie. Andererseits diskutieren wir in Deutschland, wie in vielen anderen etablierten westlichen Demokratien, über die allmähliche Auszehrung und Erschlaffung der Demokratie.

Einerseits sinkt in Deutschland, wie in den meisten westlichen Demokratien, seit Jahrzehnten die Bereitschaft zu konventionellem politischen Engagement. Die Wahlbeteiligung geht zurück, ebenso wie die Mitgliedschaft in Parteien oder die Bereitschaft, Verantwortung in Parlamenten zu übernehmen. Andererseits steigt in beachtlichem Maß die Bereitschaft zu unkonventionellem politischen Engagement bei Demonstrationen, in Bürgerinitiativen oder in virtuellen Netzwerken des Web 2.0 etc., und die Forderungen nach mehr direkter Demokratie werden immer lauter.

Einerseits wurde zur politischen Entscheidungsfindung in den vergangenen Jahren mehr als jemals zuvor Fachkompe-



Christian Krell

(* 1977) leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

christian.krell@fes.de



Tobias Mörschel

(* 1970) ist Referent bei den Berliner Akademiegesprächen der FES.

tobias.moerschel@fes.de

tenz medienwirksam eingebunden – die Hartz-, die Rürup- oder diverse Ethik-Kommissionen sind Ausdruck dessen. Andererseits hat das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik – wie die Einstellungsforschung mit hoher Regelmäßigkeit zeigt – deutlich abgenommen. Sachgerechte Entscheidungen zu treffen wird »der Politik« immer weniger zuge-
traut.

Einerseits haben wir bei Wahlen mehr Auswahl denn je. Das über drei Jahrzehnte politikprägende Drei-Parteien-System der

alten Bundesrepublik ist einem dynamischen Fünf-Parteien-System gewichen, auf Landes- und regionaler Ebene oft ergänzt durch »Freie Wähler«, monothematische Parteien oder auch populistische Bewegungen. Andererseits nehmen Bürgerinnen und Bürger diese unterschiedlichen politischen Akteure nicht als echte Alternativen zueinander wahr, sondern schreiben ihnen gleichsam Konturlosigkeit und Beliebigkeit zu. Wen man wählt, das macht eh keinen Unterschied. »Die« machen sowieso alle das Gleiche. Die Wähler haben bei der Wahl keine echte Wahl.

Einerseits ist die Zustimmung zur Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen kaum umstritten. Die egalitäre Idee der Demokratie und die demokratische Staatsform werden in hohem Maße bejaht. Andererseits herrscht eine tiefgreifende Skepsis gegenüber der »real existierenden Demokratie«. Die »politische Klasse« gilt als nicht vertrauenswürdig, die Politikerergebnisse werden als schlecht und die Mitentscheidungsmöglichkeiten als unfair wahrgenommen.

Demokratie in Deutschland in der Krise?

Es fällt nicht schwer, zahlreiche Indikatoren zu benennen, die auf eine Krise der Demokratie oder zumindest eine demokratische Erschlaffung hinweisen. Allerdings ist nicht jede Veränderung und jeder Wandel gleich per se als krisenhaft und problematisch anzusehen. Demokratie ist keine statische Angelegenheit. Wie sich Gesellschaften weiterentwickeln, wandeln sich auch Demokratie und Beteiligung. Demokratie ist eine freischwebende Herrschaftsform, die ihre eigenen Bedingungen immer wieder neu herstellen und verändern muss (Christoph Möllers). Formen und Themen politischen Engagements ändern sich, Prioritäten und Wertmaßstäbe

auch. So ist beispielsweise die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hin zu einer stark individualisierten Konsumgesellschaft mit einer zunehmenden virtuellen – bei gleichzeitig nachlassender realen – Vernetzung nicht ohne Folgen für die politische Kultur und den demokratischen Prozess. Gleiches gilt für Globalisierung und internationale Verflechtungen, die politische Prozesse im (internationalen) Mehrebenensystem bei schwindendem Primat der Politik verändert und komplexer gemacht haben. Dies ist nicht folgenlos für die immer noch primär national verankerte Demokratie und die Wirksamkeit und Zielrichtung gesellschaftspolitischen Engagements. Zudem hat sich der Stellenwert von Politik und politischer Beteiligung in Deutschland in den vergangenen 60 Jahren durchaus verändert.

Auch wenn nicht jeder festzustellen- de Wandlungsprozess notwendigerweise gleich ein demokratischer Substanzverlust sein muss, gilt es aber sehr genau zu beobachten, ob die Transformationen nicht doch zu einer stillheimlichen inneren Entleerung der Demokratie führen, so dass die Hülle zwar noch steht, der demokratische Geist aber schon längst ausgezogen ist. Diesen Prozess hat Colin Crouch als Weg in die *Postdemokratie* beschrieben: Der demokratische Betrieb verkommt zur blinden Fassade, die Entscheidungen werden aber unter Ausschluss der Bürger woanders getroffen. Als gegenläufige Tendenz zur *Postdemokratie* können wir allerdings beobachten, dass sich eine wachsende Anzahl von Bürgern für konkrete Anliegen engagieren möchte und mehr Partizipation einfordert. Der Bürger agiert hierbei zusehends als Veto-Einleger und als *watchdog*, was zu einer Verschiebung der bislang streng repräsentativ verstandenen Demokratie hin zu einer stärkeren (selektiven) *monitory-democracy* führt.

Das Gesamtbild vom Zustand der Demokratie ist also durchaus komplex und dynamisch, bei seiner Analyse gilt es somit



insbesondere zu fragen, ob wir es mit einem demokratischen Substanzverlust oder mit einem Formwandel zu tun haben, bei dem der komplementäre Zuwachs von demokratischer Teilhabe in neuen Feldern den Verlust an anderer Stelle wieder ausgleicht.

Jede Bewertung setzt eine Analyse voraus und erst dann sollten politische Schlussfolgerungen gezogen werden. Um dies auf einer soliden wissenschaftlichen Basis zu ermöglichen, wurde das Projekt »Demokratie in Deutschland 2011« initiiert. Hiermit soll ein substanzieller Beitrag zur aktuellen Demokratiedebatte geleistet werden. Führende Wissenschaftler/innen wurden gebeten, in insgesamt neun zentralen Themenbereichen darzustellen, wie es um die Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit der Demokratie in Deutschland bestellt ist, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welche Anstrengungen zur Stärkung und Belebung der Demokratie unternommen werden sollten. Diese Beiträge sind in einem *Policy Paper* prägnant zusammengefasst, aber auch in Langform unter www.demokratie-deutschland-2011.de abrufbar. An dieser Stelle sollen fünf zentrale Befunde dieses Diskussionspapiers wiedergeben werden:

Erstens: Die Entfremdung zwischen der alltäglichen Lebenswelt und der professionellen Politik führt zu einem fortschreitenden Vertrauensverlust in Politik. Der Stil von Politik stößt ab, sie wird zusehends mit Macht- und Privilegienerhalt assoziiert. Wahlen werden keine nennenswerten Auswirkungen auf die tatsächliche Politik zugelassen, was die Demokratiedistanz bei einem großen Teil der Bevölkerung verstärkt. Die fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft führt zu einer weiteren Delegitimierung der Demokratie, da sie es zusehends nicht vermag, das mit ihr einhergehende soziale Versprechen gleicher Teilhabe zu erfüllen. Wenn die Spannung zwischen ökonomischen Interessen und der demokratischen Gemeinwohlorientierung zugunsten ersteren aufgelöst wird, gerät das egalitäre Projekt, das (soziale) Demokratie ja immer auch darstellt, in die Krise und verliert ihre gesellschaftliche Integrationskraft.

Zweitens: Die Handlungsspielräume demokratischer Politik sind im Gefolge von Globalisierung und Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten deutlich geringer geworden, wodurch das Primat der Politik gravierend in Frage gestellt wurde. Bei der

Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise mag der Staat zwar seine Handlungsfähigkeit demonstriert haben, aber eine als alternativlos durch das Parlament gepeitschte Politik, die Unsummen von Geld zur Verfügung stellt, das an anderen Stellen dringend fehlt, eine Politik, die Banken und Boni rettet, aber zugleich die Grundsicherung immer weiter absinken lässt, war kein wirklicher Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in Demokratie und des Parlamentarismus, sondern befördert bereits bestehende Politikskepsis.

Rückgang der Wahlbeteiligung, Mitgliederkrise, Populismus

Drittens: Der Rückgang der Wahlbeteiligung sowie des klassischen politischen Engagements hat die Partizipations-Repräsentationslücke in Deutschland weiter verstärkt. Konventionelle Formen politischer Partizipation sind insgesamt rückläufig. Insbesondere einkommensschwache und bildungsferne Schichten sind zunehmend nicht vertreten. Direkte Demokratie und Volksentscheide – die zwar sehr vitalisierende Wirkung auf den politischen Betrieb haben – verschärfen allerdings die soziale Selektion, da sie die wenig informiert und sozial schwächeren Bürger stärker ausschließen als dies bei allgemeinen Wahlen der Fall ist.

Die neuen partizipativen Formen der Beteiligung, gern als Zauberformel zur Revitalisierung der Demokratie verkürzt, werden von der gut ausgebildeten Mittelschicht dominiert. Hierdurch droht politische Beteiligung zur Spielwiese der Modernisierungsgewinner zu werden, während egalitäre Kräfte sich weiter im Niedergang befinden und der Zusammenhang von sozialer und politischer Gleichheit aufgelöst zu werden droht.

Viertens: Die Mitgliederkrise der Parteien und deren immer homogenere Zusammensetzung gefährdet deren gesell-

schaftliche Verwurzelung und somit den Legitimationsanspruch, Sprachrohr aller Bürger zu sein. Da Parteien nicht mehr gleichermaßen in der Gesamtheit der Bevölkerung wurzeln, nimmt auch deren Integrationsfähigkeit ab. Mangelhaft ausgebaute innerparteiliche Demokratie tut ihr übriges. Die fortschreitende personelle Auszehrung der Parteien führt zum Wandel der einstigen Volksparteien zu Berufspolitikerparteien, deren Akteure sich immer weiter vom Wähler entfernen und den Vertrauensverlust in Parteien und Politik vorantreiben.

Fünftens: In fast allen Nachbarländern Deutschlands sind in den vergangenen 20 Jahren populistische Parteien aufgekommen. Ob die FPÖ in Österreich, die SVP in der Schweiz oder Geert Wilders »Partei für die Freiheit« in den Niederlanden. Sie sind den populistischen Bewegungen in Deutschland (ProNRW, Schill-Partei etc) nicht nur in ihrer Ausländer- und/oder Islamfeindlichkeit, Demagogie und Law and Order-Fixierung ähnlich, sondern auch ihrem Versuch, den vermeintlich demokratischen Willen ohne demokratische Formen zum Ausdruck bringen zu wollen (Möllers).

Befindet sich die Demokratie in der Krise? Die Befunde zur »Demokratie in Deutschland 2011« bestätigen diese Frage weder eindeutig, noch verneinen sie sie. Vielmehr machen sie deutlich, dass die demokratische Verfasstheit und Praxis einer Gesellschaft nie als statisch und gegeben verstanden werden kann. Demokratie ist eine immer wieder neu zu lernende Lebensform (Oskar Negt) und ihre Voraussetzungen müssen immer wieder neu geschaffen werden. Die Debatte darum, wie eine aktive Demokratie gelebt werden kann, muss also immer und immer wieder geführt werden, unabhängig von der Frage, ob Krise oder nicht.

Die FES will mit ihrem Demokratiekongress am 29. und 30. Juni 2011 in Berlin einen Beitrag zu dieser Debatte leisten. Als erste Anregungen sollen aber bereits hier drei zentrale Punkte genannt werden:

Mehr Bildung, mehr Gleichheit, mehr Alternativen

Durch Bildung und im Rahmen von Bildung werden entscheidende Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie geschaffen. Bildung zielt laut Hartmut von Hentig darauf ab, Dinge zu klären und Menschen zu stärken. Politische Bildung kann in diesem Sinne Orientierungs- und Handlungskompetenz fördern. Sie kann die mündigen Bürgerinnen und Bürger darin unterstützen, sich nach ihren Interessen und Einschätzungen im demokratischen Rahmen einzubringen, zu intervenieren und die Gesellschaft zu gestalten. In diesem Sinne benötigen wir mehr politische Bildung.

Die Idee der Demokratie ist in ihrem Kern egalitär. Jede Stimme zählt gleich viel. Gleichheit als Wesensprinzip der Demokratie wird von ernstzunehmenden demokratischen Kräften nicht in Frage gestellt. Aber es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Gleichheit in bürgerlicher und politischer Hinsicht sowie materieller und

sozialer Gleichheit. Nur wenn ein Mindestmaß an materieller und sozialer Gleichheit gegeben ist, gibt es auch gleiche Chancen der demokratischen Willensbildung. Der Trend zu sozialer Ungleichheit in allen OECD-Staaten – besonders ausgeprägt in Deutschland – muss umgekehrt, das soziale Auseinanderdriften also im Sinne der Demokratie umgekehrt werden.

Demokratie lebt von der Debatte um und der Wahl zwischen Alternativen. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir aber eine erstaunliche Alternativlosigkeit erlebt. Egal ob bei der Privatisierung der Post oder wirtschaftlicher Deregulierung, der Senkung von Lohnnebenkosten, der Einführung von Studiengebühren oder beim Aufspannen der diversen Euro-Rettungsschirme – allzu oft wurde in einer bemerkenswerten intellektuellen Selbstbeschränkung von politischen Eliten die Vorstellung der »Alternativlosigkeit« bemüht. Nur da, wo es eine echte Wahl zwischen Alternativen gibt, wird die Demokratie ihrem Anspruch gerecht.

Martin Nonhoff

Zwischen Deliberation und Konfrontation

Politik in der Mediendemokratie

Demokratie bedarf politischer Aushandlungsprozesse zwischen divergierenden Meinungen. Dabei ist ab und an auch Konfrontation unumgänglich und zielführend.

Die Deutschen stehen traditionell dem politischen Streit ambivalent gegenüber: Zum einen lamentieren sie gerne darüber, dass die Parteien oft kaum noch auseinander zu halten sind, so ähnlich seien sie sich geworden. Auch dass man vor lauter »Konsenssoße« bestimmte Dinge nicht mehr sagen dürfe, ist eine oft geäußerte Klage. Zum anderen aber werden anhaltende Auseinandersetzungen zwischen Parteien von vielen ebenso wenig goutiert wie längere Tarif-



Martin Nonhoff

(*1970) ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Gegenwärtig lehrt er als Vertretungsprofessor am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU München.

mnonhoff@zes.uni-bremen.de

konflikte. Vor allem wenn die Konfrontation auf die Straße getragene wird – sei es